

**Verein für friedenspolitische und
demokratische Bildung e.V.**
Hauptstraße 40 - 6544 Kirchberg - Telefon 06763-3709

An alle Mitglieder und Spender des "Vereins für friedens-
politische und demokratische Bildung Rhein-Hunsrück-Mosel-
Nahe e.V."

Der "Verein für friedenspolitische und demokratische Bildung
Rhein-Hunsrück-Mosel-Nahe e.V." besteht nun seit Nov. 1984.
An dieser Stelle möchten wir allen Spendern und Förderern
ganz herzlich danken, die uns unsere Arbeit überhaupt erst
ermöglichen. Dank eines regelmäßigen monatlichen Spendenauf-
kommens ist es uns möglich, das Büro für Friedensarbeit in
Kirchberg zu unterhalten und eine Halbtagskraft zu finanzieren.
Das Friedensbüro steht in engem Kontakt mit den Hunsrücker
Friedensstammtischen und -gruppen und organisiert in Zusammen-
arbeit mit ihnen verschiedene Informationsveranstaltungen
(Referenten, Materialien, Pressearbeit,...).
Für die nächsten Monate plant der Verein eine Vortragsreihe
mit mehreren Veranstaltungen zu verschiedenen Themen. Das
Programm wird frühzeitig bekannt gegeben.

Für unsere Arbeit benötigen wir natürlich auch weiterhin
Ihre/finanzielle Unterstützung. Wir würden uns freuen,
wenn Ihr/Sie in Eurem/Ihrem Bekanntenkreis weitere Spender
und Unterstützer/innen werben könntet/en.
Wir sind durch die Bescheinigung vom Finanzamt als gemein-
nützigen Zwecken dienend und zu den in § 5 Abs.1 Ziff.9 KStG
bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Ver-
mögensmassen gehörend anerkannt worden. Somit sind die uns
zugewendeten Spenden steuerlich absetzbar.

Für alle die es interessiert, liegt ein Kassenbericht für den
Zeitraum Nov. 84 bis Dez. 85 vor, der anzufordern ist beim

Büro für Friedensarbeit
Rhein-Hunsrück-Mosel
Hauptstr. 40
6544 Kirchberg

Spendenkonto: Volksbank Kirchberg
BLZ 560 614 72
Kto 10 1359 1

Postscheckkonto Ffm
Hildegard Engelmann
- Sonderkonto -
Kto 44 1898 - 603

FRIEDEN BRAUCHT BEWEGUNG



FÜR EINE NEUE POLITIK: ABRÜSTEN JETZT!

AKTION OFFENER BRIEF AN DIE SENATOREN UND MITGLIEDER DES
REPRÄSENTANTENHAUSES IM AMERIKANISCHEN KONGRESS

(siehe Beilage im letzten Info)

Der Brief an die Senatoren und Mitglieder des Repräsentanten-
hauses im amerikanischen Kongress wurde inzwischen von fast
500 Menschen, vorwiegend Hunsrückern, unterzeichnet. Zahlreiche
Unterschriftenlisten sind noch im Umlauf. Voraussichtlich werden
wir die Unterschriftensammlung mit dem Ostermarsch abschließen
und den Brief anschließend an die Adressaten senden. Wie wir auf
Anfrage erfahren haben, wird die US-Botschaft in Bonn die Briefe
nicht weiterleiten.

Neben der Hunsrücker Zeitung soll dieses Schreiben möglichst auch
in amerikanischen Tageszeitungen veröffentlicht werden.

Porto und Zeitungs-Anzeigen kosten allerdings eine Menge Geld.
Deshalb freuen wir uns über die bereits eingegangenen Spenden
und besonders über die Unterstützung der Delegierten des Landes-
parteitages der rheinland-pfälzischen GRÜNEN. Trotzdem reicht es
noch nicht! Aber was soll das lange Gerede?!

Hier die Konto-Nummer:

Elisabeth Nissing
Kreissparkasse Simmern, Zweigst. Kastellaun
BLZ 560 517 90
Kto 112-142054

DEUTSCHE FRIEDENS-UNION

LANDESVERBAND NÖRDRHEIN-WESTFALEN

Der Landesvorstand NRW der Deutschen Friedens-Union hat sich am
15. 2. 86 in Essen einstimmig dafür ausgesprochen, den Brief der
Hunsrücker an die Senatoren und die Mitglieder des Repräsentan-
tenhauses der USA zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Hans R. Röndi
(Hans R. Röndi)

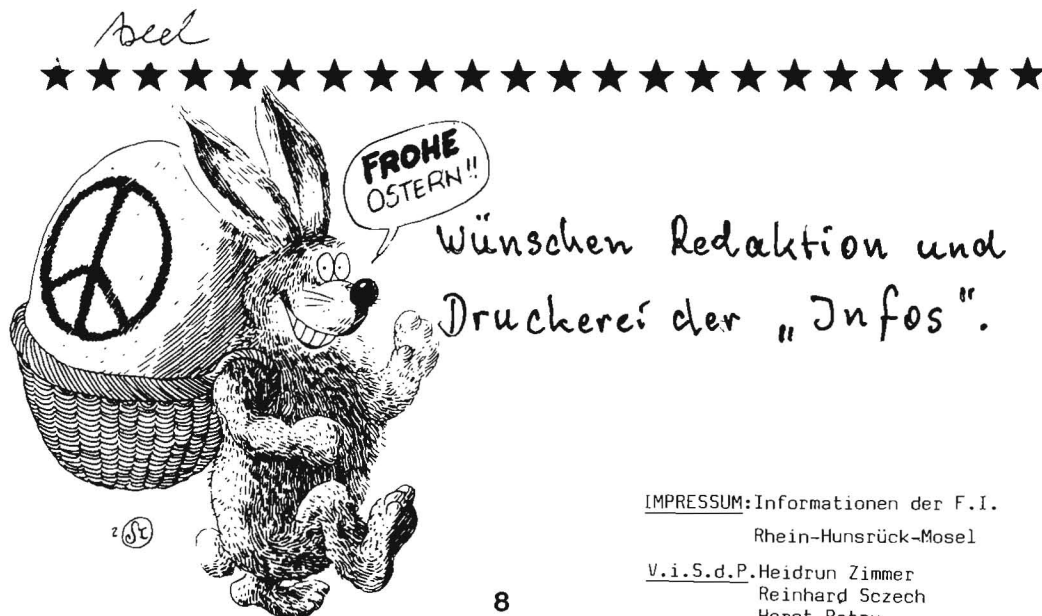
An alle
Hunsrücker Friedensfreunde

Die Grünen
KV Rhein-Hunsr.
Axel Weirich
Simmerner Str. 53
Tel. 06763/3242
6544 KIRCHBERG
3.3.1986

Liebe Freundinnen und Freunde,

etwa 50 Delegierte des Landesparteitages der rheinland-pfälzischen GRÜNEN, darunter der ehemalige Bundestagsabgeordnete Roland Vogt und dessen Nachrücker, der für Roland Anfang letzten Jahres in den Bundestag rotierte Willi Tatge, haben das Schreiben an die Senatoren und Mitglieder des US-Repräsentantenhauses mitunterzeichnet. Daß nicht alle etwa 150 Delegierte unterschrieben haben, scheiterte an einem technischen Problem: Die Delegierten des Rhein-Hunsrück-Kreises hatten leider nur eine Unterschriftenliste dabei !!!!!!! Dieses kleine Mißgeschick wird jedoch wieder dadurch wettgemacht, daß die Delegierten des Landesparteitages mit großer Mehrheit einem von mir gestellten Initiativantrag zustimmten, durch eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 500.- DM dazu beizutragen, daß dieses Schreiben in amerikanischen Tageszeitungen veröffentlicht werden kann. Das Geld wird bald (hoffentlich!!!) auf das Kastellauner Friedensstammtisch-Konto überwiesen.

Mit friedlichen Grüßen



IMPRESSUM: Informationen der F.I.
Rhein-Hunsrück-Mosel
V.i.S.d.P. Heidrun Zimmer
Reinhard Sczech
Horst Petry



Willi Tatge
Mitglied des Deutschen Bundestages

An das
Parlamentssekretariat
z. Hd. Herrn Konen

im Hause

8300 Bonn 1, d. 20. 02. 86
Bundesthaus
Fernruf (0228) 16 90 51

Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den gewünschten Hausanschluss.
Kommt ein Anschluss nicht zustande, bitte Nr. 101 (Bundesthaus-Vermittlung) anrufen.

Regionalbüro der Grünen
Ludwigshafen
Maxstraße 82-84
6700 Ludwigshafen
Fernruf (0621) 82 30 01

Kleine Anfrage des Abgeordneten Tatge und der Fraktion DIE GRÜNEN

Stationierung und Lagerung von Cruise Missiles im Hunsrück (Rheinland-Pfalz)

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Angaben kann die Bundesregierung über die Anzahl der auf dem Flugplatz Hahn/Hunsrück befindlichen Cruise Missiles machen, und welche sind davon derzeit einsatzbereit?
2. An welchen Orten werden nach Kenntnisstand der Bundesregierung außer auf der Hahn-Airbase in der Bundesrepublik Deutschland noch Cruise Missiles bis zu ihrer Stationierung bei Hasselbach gelagert?
3. Welche Angaben kann die Bundesregierung über die Transportart und die Transportwege machen, auf dem die Cruise Missiles auf die Hahn-Airbase gebracht worden sind?
4. In welcher Form und durch wen wurde die Bundesregierung darüber informiert, daß zum jetzigen Zeitpunkt Cruise Missiles auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland gelagert werden?
5. In welcher Art und Weise und zu welchem Zeitpunkt wurde die Bundesregierung vorab über Art und Umfang des Transportes der atomaren Marschflugkörper auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland informiert?
6. Welche Angaben kann die Bundesregierung über den Lagerplatz der Spezialtransportfahrzeuge bis zum Zeitpunkt der Stationierung in Hasselbach machen?

(W. Tatge)

Auf ein Wort

Hardthöhe-Tourismus?

VON BERT BADEN

Also: Der Bundesverteidigungsminister kommt – wenigstens in absehbarer Zeit – nicht in den Hunsrück und zur cruise missiles-Station nach Hasselbach, um die Bevölkerung zu informieren.

Offensichtlich war der Wunsch des FDP-Abgeordneten Professor Dr. Rumpf, der Bundesverteidigungsminister möge im Hunsrück Stellung beziehen, für Manfred Wörner kein Befehl.

Die Pressestelle des Ministeriums auf der Bonner Hardthöhe jedenfalls wußte gestern noch nichts von einem geplanten Besuch des Verteidigungsministers an der Raketen- und Bürgerbasis im Hunsrück.

Aber nun sollen „30 bis 40 Politiker des Hunsrückraumes“ in Bonn empfangen und „unter Hinzuziehung aller Spezialisten des Hauses“ unterrichtet werden.

Wie schön für die Bürger des von der Atomraketen-Stationierung betroffenen Gebietes, daß wenigstens 30 bis 40 Auswählte von den Gewählten eine Chance bekommen sollen zu einer Sightseeing-Tour und zum Unterricht in Bonn.

Bricht jetzt am Rande der Nato ein Parteienkrieg im Hunsrück aus um die Zusammenstellung dieser „Elite-Truppe“, streng nach Parteien-Proporz?

Werden die ausgesuchten Politiker

wirklich in Bonn noch etwas im Zusammenhang mit der cruise missiles-Station bei Hasselbach erfahren, was nicht ohnehin schon im Hunsrück längst bekannt ist?

Und wenn es so sein sollte, dürfen dann diese Mandatsträger auch öffentlich darüber reden zu ihren Bürgern, zu ihren Wählern? Geheimnisträger schließlich gibt es ja schon mehr als genug im heimischen Raum. Eine Aufstockung der „schweigenden Elite“ wäre das Fahrgeld nach Bonn nicht wert.

Es geht den Hunsrücker Bürgern, die vor ihre Haustür die Atomraketen gestellt bekommen, nicht darum, die Hardthöhe besichtigen zu dürfen und es würde einem Bundesverteidigungsminister sicherlich gut anstehen, wenn er zu diesen Bürgern reisen würde – nicht alleine um zu ihnen zu sprechen, sondern um sich ihre Sorgen um die Zukunft und ihre drängenden Fragen im Angesicht der Atommacht anzuhören und möglichst ausführlich zu beantworten.

Hardt-Höhe-Tourismus mag zwar ganz unterhaltsam sein; ob er auch informativ ist, darf man nach den Erfahrungen der letzten Jahre im Hunsrück bezweifeln.

Es geht nicht um „die Höhe“ sondern um die Basis – und man sollte es nicht auf die Spitze treiben!

„Die Verteidigungsbereitschaft der Bevölkerung im Hunsrück ist nach wie vor ungebrochen“

Debattenbeitrag von MdB Dr. Rumpf vor dem Deutschen Bundestag

Hunsrücker Zeitung
v. 21.1.86

19

NAHE-ZEITUNG NR. 50 - FREITAG, 28. FEBRUAR 1986

Schon wieder ein „Blackout“?

Rumpf rechtfertigt Bundestagsrede

Angesprochen auf Veröffentlichungen in der NZ vom 24. Januar „Die Verteidigungsbereitschaft der Bevölkerung im Hunsrück ist nach wie vor ungebrochen“ zum Debattenbeitrag von Prof. Dr. Rumpf vor dem deutschen Bundestag, sagte Rumpf, daß man das Geschriebene nicht einfach so stehen lassen könne, sondern es einer Erläuterung bedürfe. Die Mißverständnisse hatten eine Leserbriefflut ausgelöst. Vor allen Dingen sei es ihm darum gegangen, stellte er richtig, daß man um seine Bemühungen wisse, Verteidigungsminister Wörner um einen Besuch bei Bürgermeistern der betroffenen Gemeinden zu bitten. In dieser „Aktuellen Stunde“ habe man zuvor keine Gelegenheit zur Vorbereitung gehabt. Gemeint gewesen sei eigentlich, daß die „Leidensfähigkeit“ der Bevölkerung des Hunsrücks nach wie vor gegeben sei.

Den Einwurf eines Versammlungsteilnehmers, „Das ist aber ganz etwas anderes – da hatten sie wohl auch ein Blackout?“ ergänzte Rumpf weiter. Man habe ihm leider keine Möglichkeit der Klarstellung gegeben. Wenn man die Briefe, die er deswegen erhalten habe, lese, könne man nur sagen: „wenn die sogenannte Friedensbewegung mit solchen Briefen argumentiert, kann man nur feststellen. Frieden fängt in jedem Menschen an. Davon ist nichts zu spüren.“ Dazu passe haargenau das Zitat aus Wolfgang Heys „Typisch Menschliches“: „es kämpft ein Mensch für Friedlichkeit und ist im Kampf dafür bereit, alle die was anders sagen mit dem Schwerte zu erschlagen.“ Dem sei nichts hinzuzufügen.

(...).

Der Gemeinderat Bell hat am 19. März '86 mehrheitlich (eine Enthaltung) beschlossen, Herrn Wörner aufzufordern, der hunsrücker Bevölkerung vor Ort Rede und Antwort zu stehen. Eine „Elite-Informationsfahrt“ zur Hardthöhe lehnt der Gemeinderat ab, weil die Sorgen und Nöte angesichts der Atomraketen vor der Haustüre bei allen Hunsrückern bestünde.

Horst Petry.

Kommentar überflüssig!?

am 8./9. März in Sargenroth

ZIVILER UNGEHORSAM IM HUNSRÜCK ?

Die Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen traf sich in der Sargenrother Jugendherberge, um über ihre Arbeit und Perspektiven im Allgemeinen und konkrete Aktionen in diesem Jahr und darüber hinaus im Besonderen zu beraten.

Wir waren eingeladen, um in der Arbeitsgruppe 'Ziviler Ungehorsam im Hunsrück' unsere Situation, unsere Erwartungen und Ideen vorzustellen und über konkrete Aktionsvorschläge zu diskutieren. Wir gaben unsere persönlichen Eindrücke und Vorstellungen zum Besten, die - wie wir aus Einzelgesprächen wissen, aber doch von vielen im Groben geteilt werden.

Wir zeigten auf, daß sich im Hunsrück vielfältige Aktionsformen entwickelt haben, die grundsätzlich auf folgenden Grundprinzipien aufbauen:

- Gewaltlosigkeit (das Ziel in den Mitteln darstellen!)
- Vermittelbarkeit (andere mit auf den Erkenntnisweg nehmen)
- Spaß (nur was Spaß macht, wirkt ansteckend)

Daß in der FI immer wieder über das 'Wie' und 'Was' diskutiert wird, dürfte klar sein, aber die bisherigen Aktionserfahrungen seien unserer Meinung nach überwiegend einheitlich.

Blockaden und Besetzungen hätten bisher noch nicht stattgefunden, vermutlich weil

- die Wirksamkeit solcher Aktionen von vielen bezweifelt wird,
- die Befürchtung besteht, daß sich solche Aktionsformen möglicherweise in einer Konfrontation mit Polizeikräften erschöpft, was die Medien als negative Stimmungsmache gegen uns nutzen könnten,
- es dazu schlicht und einfach an Mut fehlt.

Wir machten deutlich, daß wir es für sehr wichtig halten, daß Aktionen Zivilen Ungehorsams, welche auch immer, vorher angekündigt sein sollten. Die Öffentlichkeit soll informiert werden über die geplante Aktion, die Motive und politischen Ziele. Wir denken, daß solche Aktionen den Mantel der Anonymität verlieren müssen. Nur so können wir dem immer wieder geschürten Bild "Auswärtige Chaoten ↔ Hunsrücker FI" entgegenwirken. Außerdem denken wir, daß so eine stärkere Glaubwürdigkeit entsteht (wer am Zaun schnippelt und anschließend abhaut, hält sich selbst für einen 'Straftäter' und bekräftigt damit die Gesetze der Aufrüster).

Über diese unsere Vorstellungen gab es unterschiedliche Reaktionen und wir denken, daß dies sicherlich Zündstoff für Diskussionen geben wird. Wir würden es begrüßen, wenn hierüber auch innerhalb der FI nochmal intensiver diskutiert werden würde.

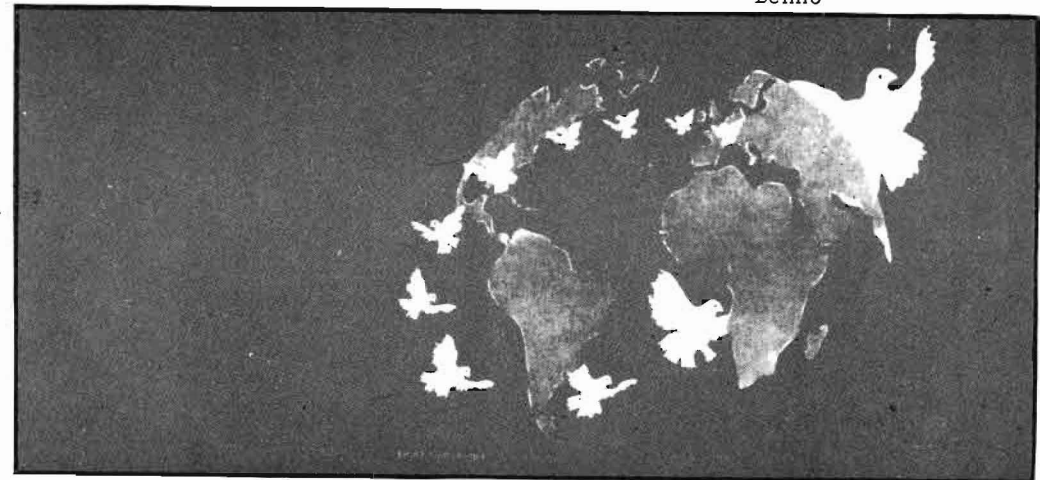
Um es nochmal ganz deutlich zu sagen: Es geht nicht darum, irgendwelche Vorschriften und Verbote zu erlassen. Wenn man den Beschluß des Koordinierungsausschusses ("Aktionen des Zivilen Ungehorsams nur mit Zustimmung der Hunsrücker FI") formalisiert, wird er zur Phrase.

Aber es wird auch und gerade von Seiten des BUF-Spektrums immer wieder betont, daß Aktionen Zivilen Ungehorsams nur Sinn haben, wenn sie in der Region verankert sind. Und wenn wir sie schon nicht selbst machen - aus welchen Gründen auch immer - so sollten wir uns wenigstens damit identifizieren und in der Öffentlichkeit damit arbeiten können. Vielleicht sollten sie uns auch ermutigen, unseren Widerstand in dieser Richtung zu verstärken.

Als es in der Arbeitsgruppe um konkrete Aktionsvorschläge ging, wurde es zunächst still in der Runde. Schließlich kamen eine Reihe von Vorschlägen, die sicher jeder Hunsrücker Friedensmensch unterstützen könnte. Einer davon wurde konkret für den 24. Mai, dem bundesweiten Friedenstag zum Auftakt der Friedenskampagne '86, ins Auge gefaßt. In einer Vorbereitungsgruppe wird er weiter ausgeklügelt und ein Aufruf dazu erarbeitet. Mehr dazu beim nächsten Delegiertentreffen.

Darüber hinaus plant die Graswurzelwerkstatt/Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen ein Sommercamp im Hunsrück.

Heidrun
Benno



HUNSRÜCK - FORUM

Zeitschrift für Demokratie & Frieden

PRESSEMITTEILUNG

19.3.86

POSTFACH 451

6540 SIMMERN

TEL. 06545/ 64 18

ERMITTLUNGSVERFAHREN EINGESTELLT - ANKLAGE ERHOHEN

Wie die Staatsanwaltschaft in Koblenz dem verantwortlichen Redakteur Helmut Jordan mitteilte, wurde das Ermittlungsverfahren wegen "Sicherheitsgefährdenden Abbildens" gegen die Alternativzeitschrift HUNSRÜCK-FORUM, die in Simmern erscheint, eingestellt. Das Abbilden in der April-Ausgabe 1985 der Bunker-Bauplanzeichnung für die Cruise-Missiles Marschflugkörper bei Hasselbach/Hunsrück in der Zeitschrift, sei laut Information der US-Botschaft nicht sicherheitsgefährdend für die US-Streitkräfte gewesen.

In der gleichen Ausgabe, deren Seiten von rund 40 Polizeibeamteten in allen Verkaufsstellen im Hunsrück im April letzten Jahres beschlagnahmt, sowie Haus- und Arbeitsplatzdurchsuchungen bei Redaktionsmitgliedern durchgeführt wurden, war zur Dokumentation auch eine sogenannte "Aktion Koffer Packen" abgedruckt. Wegen dem Abdruck wurde nunmehr gegen den presserechtlich Verantwortlichen Helmut Jordan aus Hesweiler, von der Staatsanwaltschaft Koblenz beim Amtsgericht Simmern Anklage erhoben.

Der Vorwurf lautet, "durch Verbreiten von Schriften (§11 Abs.3 StGB) zu einer rechtswidrigen Tat aufgefordert zu haben".

Die Redaktion hatte faksimiliert diese schon jahrelang unbeanstandete verbreitete "Aktion" der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner aus Baden-Württemberg abgedruckt, in der Zivildienstleistende aufgefordert werden, nach 15 Monaten und 3,5 Tagen (der durchschnittlichen Wehrdienstzeit, einschließlich Wehrübungen) die "Koffer zu packen", statt 20 Monate Zivildienst zu leisten. Obwohl die Verfasser der Aktion deutlich namentlich benannt wurden, so Helmut Jordan, und zu erkennen war, daß dies kein eigener redaktioneller Beitrag war, wurde nach einjähriger Ermittlungszeit eine Anklageschrift eingereicht.

Dies soll nach Auffassung der Redaktion des HUNSRÜCK-FORUM's die kritischen Bürger des Hunsrücks einschüchtern und Helmut Jordan kriminalisieren sowie beruflich gefährden, da eine mögliche Verurteilung berufliche Konsequenzen hätte. Neben den GRÜNEN hat auch SPD-Oppositionsführer Rudolf Scharping der Redaktion seine Solidarität und Unterstützung zugesagt. Die Redaktion